EINSCHÄTZUNG DER DEMONSTRATION VOM 3o.6. 1970

mit dieser einschätzung versucht die zp in die diskussionen, die um die v
bereitung und durchführung der demonstration vom 3o.6. vor allem in den
bg's geführt werden, klärend einzugreifen.
es sind zwei hauptpunkte, die ziel heftiger kritik waren und sind und zu
nen hier stellung genommen werden muß:
- der ausschluß der ams vom der gemeinsamen unterzeichnung des flugblatts
- die teilnahme von minizirkeln wie kpd/ml-kjvd und trikont.
neben der klärung dieser fragen versuchen wir zugleich schlußfolgerungen
dieser aktion zu ziehen, um ähnliche fehler in zukunft zu vermeiden bzw.
um die bedingungen anzugeben, unter denen diese fehler vermieden werden k
nen.

<u>wie kam es zum ausschluß des spartakus ams von der gemeinsamen unterzeich
nung des flugblatts und damit aus dem kreis der veranstalter ?</u>

In dem ersten informellen kontaktgespräch zwischen zp und spartakus wurde
versucht, eine vorläufige einschätzung des verbots zu geben um daraus kon
quenzen für funktion und ziel der demo und somit auch teilnahme daran abz
leiten.
der spartakus agrumentierte auf allg. ebene, daß dies verbot ausdruck der f
schreitenden faschisierung in der brd sei wogegen wir eine breitere "antifa-
schistische einheitsfront" bilden müßten.
auf die frage, was die konkrete funktion eines solchen bündnisses sei, wi
sich eine solche politik auf die situation in hh, konkreter, auf die ver-
schiedenen organisationen auswirken könnem und müßte bezüglich der weiter
praktischen arbeit dieser gruppen konnten die ams-vertreter keine antwort
geben.
daraufhin versuchte der zp-vertreter eine politische funktionsbestimmung
demo zu geben: der heidelberger sds habe seine wichtigsten aktivitäten im
hochschulbereich entfaltet; das verbot ziele deswegen primär auf die zer-
schlagung der organisationsansätze an den hochschulen, besonders des ast
der in heidelberg total vom sds für seine politische arbeit funktionalisi
worden sei.
da die in heidelberg schon erreichte politisierung der uni in ham
burg erst anstehe, d.h. von den verschiedenen organisationen mit hilfe de
selbstverwaltungsorgane der studentenschaft erst in angriff genommen sei,
kann die strategische bestimmung d r demo kurzfristig nur für den hochsch
bereich angegeben werden mit den forderungen nach stärkung der sozialisti
schen organisationsansätzen und gegenüber des astss, was bei bei der konkreten liqu
dationsdrohung des asta von seiten des staatsapparats in der augenblickli
chen situation nur heißen könnte: keine öffentlichen auseinandersetzungen
zwischen den sozialistischen gruppen, die die studenten verwirren könnten
hohe wahlbeteiligung bei den parlamentswahlen zu erzielen, was im augenbl
noch als die einzige garantie für das fortbestehen des asta angesehen werden k
gegen diese konkretistische funktionsbestimmung der demo hatten die ams
vertreter keine einwände, sodaß eine bündnispolitik auf dieser ebene mit
spartakus nichts im wege stand.
in der zp-plenumsdiskussion am folgenden tag wurde die o.g. einschätzung
dahingehend problematisiert, ob das verbot nicht in einem weiteren zusamm
hang einzuordnen sei. ohne das klare informationen und eine analyse gegeb
werden konnte, wertete man die vorliegenden anzeichen in dem sinne, daß es sich be
dem verbot um einen ersten versuchsballon in richtung auf zerschlagung de
aus der studentenbewegung hervorgegangenen sozialistischen organisationsa
sätze handeln könnte. von daher konnten wir das verbot historisch in die
reihe der kommunistenverfolg
gen in der brd einordneten, ohne diesen zusammenhang genauer angeben zu k
nen. das wäre aber notwendig gewesen um wenigsten angeben zu können, ob d
verbot eine verschärfung der repressionsmaßnahmen im sinne einer "fortsch
tenden faschisierung" interpretiert oder als eine dem bürgerlichen st
immanente maßnahme zu unterdrückung der sozilistischen bewegung, die zu k
nen besonderen strategie im sinne der kpd berechtige

es bildeten sich daraufhin 2 gruppierugen heraus, die die beiden ansätze, die bisher zur strategischen besimmung der demonstration gemacht worden waren, ~~w~~ungefähr widerspiegelten:
- die eine gruppe ging von der übergreifenden betrachtungsweise aus und agr mentierte, daß darum gelte, möglichst breite gruppierungen gegen das verbot zu mobilisieren. auf das agrument, das sei kurzfristig für die demo unmöglich, erwiderten sie, daß solch eine mobilisierung länderfristig angelegt w w rden müdsen, wozu weitere solidarisierungsmaßnahmen notwendig sein, was sie aber bezüglich der politischen funktion und der realisierungsmöglichkeiten nicht konkretisieren konnten. sie bejahten daher ein bündnis mit dkp/am
- die gegenposition bewegte sich auf der o.g. konkreten ebene, hielt aber gerade zur stärkung der sozialistischen organisationsansätze eine ideologische auseinandersetzung mit der ams und abgrenzung von ihm für notwendig.
diese beiden positionen konnten in der weiteren diskussion nicht abgeklärt werden, sodaß am ende herauskam: demonstration für asta, sp und bg's und gegen kpd- und sds-verbot.
in diese unklare situation platzte am sonntag die wahlzeitung des spartakus, in der die zp ein verlassen der gemeinsamen basis vom freitag sah, da hier asta als auch zp öffentlich diffamiert wurden(die doch als einzige organisationen bisher eine aktive hochschulpolitik gemacht hatten - im gegensatz zu der bisher rein verbalen und eklamatorischen aktivität des spartakus, wofür das wahlprogramm wieder zeugnis gab).
somit entlarvten sich die parolen der spartakisten, mit denen sie auch weiterhin zur einheitsfront aufriefen(so im 2. flugblatt zu der auseinandersetzung:"dennoch gibt es gruppen, die die die auseinandersetzung zum jetzigen zeitpunkt und in polemischer form an die öffentlichkeit tragen") als reine lippenbekenntnisse. wenn der spartakus der zp polemik vorwarf, so widersprach er sich selbst, wenn er in der gleichen form zurückpolemisiert von daher mußten wir seine teilnahmebereitschaft als versuch interpretieren sich der demonstration anzuhängen um primär propaganda für ~~ihre~~ seine organisation zu machen.
diese attacke führte insofern einen, wenn auch übereilten und einseitigen klärungsprozeß in der bündnisfrage herbei, als zum einen die position, die für ein aktionsbündnis mit der ams zur stärkung der uni-orgab nisationen und des asts plädiere, nicht länger haltbar war, (s.u.) zum anderen die forderung nach einer aktionseinheit auf relativ abstrakter ebene abgelehnt werden konnte mit dem agrument, daß eine solche aktionseinheit als propagandeinstrument mißbraucht werden könnte, solange ihr strategischer stellenwert nicht konkreter bestimmt werden kann.
zusammenfassend können wir feststellen, daß bei der diskussion über die strategische bestimmung des demonstrationszieles und somit der bündnispolitik permanent zwei ebenen neben- und durcheinanderliefen, ohne daß ihr verhältnis zueinander grklärt werden konnte:

1.die frage, was man grundsätzlicher und längerfristiger gegen eine sich verstärkende repression von seiten des staatsapparats in der brd tun kann und muß, die bedeutung dieser entwicklung für die entstehende sozialistische bewegung in der brd; d.h. die frage der richtigen bündnispolitik auf breiter ebene mit gewerkschaften und demokratischen organisationen. diese fragen blieben darum so abstrakt, weil die vielbeschworenen faschisierungstendenzen in ihrer funktion, konkreten auswirkung und entwicklung nicht ananlysiert werden konnten. das wäre aber eine voraussetzung gewesen, um die o.g. fragen diskutieren und auf die konkrete situation in hh hin beabtworten zu können.

2.deshalb konnte die frage,was das sds-verbot für die sozialistische bewegung in hh bedeutet und was wir daraus für schlußfolgerungen bezüglich direkter gegenmaßnahmen und der weiteren arbeit ziehen müssen,
diese phase ist aber dadurch gekennzeichnet, daß die diskussionen und zusammenschlüsse zu einem aktionsbündnis nur auf zirkelebene stattfinden, ein angehen der bündnisfrage im o.g. sinne daher überhaupt nicht möglich ist;denn die organisationen und zirkel, die im augenblick für ein kurzfristiges bündnis in frage kommen sind alle(mit ausnahme der jusos) resultate des zerfallsprozesses der anti-autoritären bewegung. das trifft auch grundsätzlich auf die dkp und ihre massenorganisationen zu, da sie ja nicht

DKP um d. antiautoritären Revolte.

aus den sich entwickelnden klassenkämpfen in der brd entstanden ist sonde
unter ausnutzung des durch die studentenbewegung geschaffenen politischen
klimas in absprache mit dem staatsapparat(der zusammen mit der wirtschaft
hier die möglichen spaltungs- und disziplinierungsfunktionen einer legale
sich den bürgerlichen gesetzen beugenden kp sehr wohl erkannt hatte) von
oben gegründet und mit hilfe von alten kpd-kadern aufgebaut worden ist.
daher ist d r anspruch der spartakisten,die "deutschen kommunisten" per s
zu sein, da die dkp als einzige ~~xxxxxx~~soz. organisation die kontinuität d
deutschen arbeiterbewegung fortsetze, und alle anderen sozialistischen or
ganisationen als versteckte und,"objektiv gesehen"als antikommunistische
linksradikale ~~xxxxxx~~ abzuqualifizieren, vollkommen unberechtigt.
solange die dkp ihre theoretischen ansprüche nicht in der politischen
praxis verwirklicht hat indem sie sich als avantgarde des proletariats,
nicht aber als ihre nachtrabaorganisation(wie bei den septemberstreiks und
den roten punkt-aktionen) in den massen verankert hat(worüber 2o betriebs
zeitung quantitativ gesehen noch nichts aussagen) wird die zp ihren poli-
tischen ansatz außerhalb der dkp verfolgen, wie sie ihn auch außerhalb der
kpd-ml verfolgt.

DKP im Rahmen einer Einheitsfront ein Zirkel

<u>wie kam es dazu,daß die minizirkel trikont und kpd/ml auf der demon-
stration eine führende rolle übernehmen konnten?</u>

in der arbeit des vorbereitenden ausschusses stellte sich heraus,daß
die ürsprünglich in-haltlich nur grob umrissene basis eines gemeinsamen
aktionsaufrufs aus den o.g. gründen mit spartakus nicht mehr vorhanden
war.das führte zum ausschluß von spartakus.

vollkommen unklar blieb allerdings das verhalten der zp gegenüber
trikont und kpd/ml.da wir uns bei den diskussionen im plenum der zp
hauptsächlich auf die auseinandersetzung mit spartakus konzentriert
hatten,kamen wir nicht mehr dazu,unsere vorgehensweise auch gegenüber
trikont und kpd/ml nur ansatzweise festzulegen.vielmehr war es so,
als die sprache auf beide organisationen kam,daß mit recht deutlich
erkennbarer leichtfertigkeit diese gruppen als im
sinne der zp-strategie als nicht hinderlich eingestuft wurden.allerding
s wäre der disput mit und um spartakus nur dann richtig gewesen,hätte
man ihn konsequent auch auf die übrigen gruppen ausgedehnt.denn mit
der gleich n berechtigung,mit der die auseinadersetzung um spartakus
begründet wurde,hätte die bekanntgabe der strategischen vorstellungen
von trikont und kpd/ml gefordert werden können.daß diese ideologische
auseinandersetzung unterblieb,war ein schwerwiegender fehler,dessen
auswirkungen sich direkt auf die demonstration niederschlu-
gen.
auf den ausschußsitzungen war auch nach dem auszug von spartakus die
strategische zielbestimmung der aktion nicht herauszuarbeiten.die be-
gründung für die nichterfolgte strategiedebatte beruhte zum einen
sicherlich auf dem o.a. leichtfertigen vorgehen,indem taktische über-
legungen gar nicht angestellt worden waren.zum anderen war es sicher
auch der erhebliche zeitdruck,unter dem die gesamte vorbereitungsarbeit
litt und der zu ausgesprochen pragmatischer vorgehensweise in der
klärung von inhalt und technischer durchführung zwang.der wesentlichste
grund des versäumnisses läßt sich wohl so angeben:daß man im grunde
den gruppen(und das gilt ~~xxxx~~ jetzt ausschließlich für trikont),die
auch schon z.zt.der studentenbewegung aktiv politische arbeit geleistet
haben ein solches maß wohlwollenden vertrauens entgegenbrachte,daß
eine inhaltliche debatte mit dieser gruppe einfach verhinderte.
wäre uns das klar gewesen,hätte schon die erste ausschußsitzung die
möglichkeit geboten,die scheinheilige hinhaltetaktik von trikont als
solche zu erkennen.es bleibt als tatsache zu verzeichnen,daß die tak-
tische behandlung durch trikont die position der zp objektiv geschwächt
ihre eigene aber über gebühr herausgestellt hat.

welche folgen hatte die fehlerhafte arbeit im ausschuß,wiewirkte sich die widersprüchliche haltung der zp auf der demonstration aus?

der ausschuß,der aus delegierten der an der vorbereitung der demonstration beteiligten gruppen bestand, war zustande gekommen nach der manier von gremienbildung,wie es zu zeiten der hochschulkampagnen allgemeine regel war.die selbsternennung zum beschlußorgan erschwerte die klärung strategischer fragen und wirkte blockierend auf die zielbestimmung der diskussion.die delegierten der beteiligten gruppen konnten die frage nac funktion und ziel der aktion aus dersicht der eigenen organisation nicht beantworten,da eine ausführliche debatte hierüber nicht stattfand und sich somit eine fundierte aktionsbasis überhaupt nicht herstellen konnte indem das gremium diese aufgabe nicht erfüllte,hat es als ausschuß in dem vorwiegend der politische stellenwert der aktion herausgearbeitet werden müssen,versagt.die auswirkungen auf den tatsächlichen ablauf der demonstration waren fatal und ergaben ein völlig verzerrtes bild der vorhandenen kräfteverhältnisse,da die rolle der zp hier als recht untergeordnet erscheinen mußte;wir konnten nämlich nicht verhindern,daß die spaltergruppe der kpd/ml die spitze des zuges übernahm und die trikontgruppe im schutze des ersten und dritten blocks " die vertreter der in hamburg ansässigen monopole direkt markieren " konnte.solche versuche [illegible] den gegebenen worten gerecht werden zu müssen)die herrschenden zu treffen,bleiben solange ausdruck linksradikaler politik,als der stellenwert dieser vorgehensweise nicht vom jeweiligen stand der politischen arbeit her abgeleitet werden kann.auch die vermutung der trikont,daß die arbeiter(die fortgeschrittenen teile des proletariats"-?-)diese art von direkter gewalt auch schon heute verstehen würden,beruht auf einer falschen einschätzung der jetzigen situation,indem die genossen der "initiativfunktion" der gewalt eine zentrale bedeutung beimessen und dabei völlig die nur schwach entwickelten ansätze von arbeiterorganisationen vergessen und neben der direkten unterdrückungmaschinerie im betrieb die allgegenwärtigkeit eines manipulativ genutzten pressemonopols unberücksichtigt lassen.daher ist das vorgehen der trikont auf der demonstration ausdruck einer aktionistischen grundeinstellung und die begründung drängt sie (ungewollt ?) in die nähe der berliner anarchisten,die der "propaganda der tat" permanente huldigung erweisen.

der gesamteindruck der demonstration stellte durch die geschlossenheit und disziplin des formalen ablaufs einen gewaltigen fortschritt im vergleich zu ähnlichen demonstrationen dar.gestört wurde dieser eindruck mit der länge des zurückgelegten weges durch das verhalten der kpd/ml an derspitze des zuges.sie wurden ihrem eigenen anspruch einer festgefügten organisation,die demonstrationserprobt sich den anschein gab,insofern nicht gerecht,als die spitze des zuges mit organisationsfremden individuuen durchsetzt wurde;schließlich rollte der ganze erste block fahnen und transparente ein und vermittelte den eindruck eines recht disziplinlosen ungeordneten haufens

eine kritik am verhalten des asta vertreters wäre aufgrund seiner ambivalenten haltung bei den abstimmungen zwingend erforderlich.zurückgreifen muß das vorbringen der kritik auf die zwischen zp und asta gemeinsam gefassten beschlüsse bezüglich route und militanz.ausdruck der opprtunistischen ~~xxxxxxx~~haltung war die stimmenthaltung bei beiden abstimmungen die die position der zp nicht stärkte.

die schwäche unserer position bekämpfen durch intensivierte theoretische arbeit

um bei zukünftigen ähnlichen aktionsplanungen nicht widerum die frage eines punktuellen aktionsbündnisses mit soviel verlegenheit beantworten zu müssen,muß die vorgehensweise der zp auf zweifache weise abgeändert werden:von jetzt ab muß es bestandteil unserer politik sein, vor der durchführung gemeinsamer aktionen mit andren gruppen auf der grundlage einer eigenen strategie in der eigenen organisation die bestimmung von funktion und ziel der geplanten aktion vorzunehmen. eventuelle bündnispartner,grundsätzlich aber alle relevanten gruppen in hamburg werden von uns fortlaufend auf der offiziellen ebene kontaktiert und/oder die zp wird auf grund inoffizieller gespräche auf dem laufenden gehalten.die informationssammlung erleichtert die einschätzung und die auswertung dient zur endgültigen bestimmung des aktionspartners.mit dieser vorläufigen einschätzung von der eigenen organisation und mit der kenntnis der anderen gruppen werden abschließend geklärt in dem vorbereitungsgremium die fragen der reden parolen flugblätter und die technische seite des ablaufs blockbildung route etc. hier soll nicht der eindruck erweckt werden,als sei durch diese art der vorbereitung die in diesem fall offensichtliche schwäche der zp, nämlich den gesamtzusammenhang zu erfassen und die daran geknüpften einzelprobleme richtig zu bestimmen,zukünftig ausgeschlossen.es war sicherlich nur zum geringsten teilein informationsproblem,das zu fehlerhaftem vorgehen führte.der richtige schluß aus den gemachten erfahrungenkann jetzt nur heißen:die voraussetzungen schaffen,auf denen ein problembewußtsein der zp-genossen über die relevanz des ideologischen kampfes sich erst etnwickeln kann.das bedeutet für die zp ganz speziell zentrale fragen der weiteren politischen arbeit wie z.b.parteiaufbau hochschulorganisation etc.für eine generaldebatte theoretisch aufzuarbeiten.indem die voraussetzungen geschaffen werden,auf denen wir aufbauend den ideologischen kampf führen können,schließt das automatisch die erarbeitung von kriterien ein,

nach denen genossen bestimmt werden,die in ausschüssen die position der zp vertreten können und möglichst durchzusetzen haben.

rotfront!